2019/41 Ausland

https://www.jungle.world/artikel/2019/41/atem-und-erklaerungsnot

Brand in französischer Chemiefabrik

Atem- und Erklärungsnot

Von **Bernhard Schmid**

Nach dem Chemieunfall in Rouen steht die französische Regierung unter Druck. Die Bevölkerung fordert Aufklärung statt Beschwichtigung. Selbst Gewerkschaften beteiligten sich an Umweltprotesten.

»Zu keinem Zeitpunkt bestand irgendeine Gefahr für die Bevölkerung.« Das wird nach Katastrophen gern behauptet, so war es etwa in den ersten Tagen nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl 1986 oder nach dem Unfall im Atomkraftwerk Three Mile Island 1979. In Frankreich wurde dies jüngst ebenfalls behauptet, diesmal ging es um eine Havarie in einer Chemiefabrik im nordfranzösischen Rouen. Nach einem Großbrand am 26. September in der Schmiermittelfabrik Lubrizol, einer Filiale des gleichnamigen US-amerikanischen Chemiekonzerns, die seit 1954 am westlichen Seineufer nahe dem Stadtzentrum von Rouen angesiedelt ist, traten über 5 000 Tonnen verschiedener Substanzen aus, darunter mutmaßlich auch hochgiftiges Dioxin. Eine 22 Kilometer lange Rauch- und Rußwolke lag über der Stadt, Rußpartikel wurden vom Wind Hunderte - Kilometer weit durch Nord- und Nordostfrankreich bis auf belgisches Territorium getragen. In der betroffenen Zone könne man »atmen und trinken«, beruhigte der französische Premierminister Édouard Philippe die Bevölkerung.

> Noch vor 30 Jahren hätte der Gewerkschaftsverband CGT zweifellos den Erhalt der Industriearbeitsplätze über ökologische Bedenken gestellt.

Im Frühjahr 1986 sei die radioaktive Wolke aus Tschernobyl nur bis zum Rhein gelangt, die Niederschläge seien nur bis Kehl gekommen, aber nicht bis Straßburg – so lautete damals die offizielle Version der Regierung und Behörden in Frankreich. An Schilddrüsenkrebs Erkrankte aus der Region um Straßburg strengten jedoch einen Prozess gegen Pierre Pellerin an, den damaligen Strahlenschutzexperten der französischen Regierung. Im März 2011 wurde dieser freigesprochen. Das Gericht befand, er habe nicht gelogen. An die Geschichte von der Wolke aus Tschernobyl, die am Rhein angeblich haltgemacht habe, erinnerten in Frankreich vorige Woche unter anderem Karikaturisten der Pariser Abendzeitung Le Monde; in einer Artikelüberschrift in der Boulevardzeitung Le Parisien wurden »die Wolken von Tschernobyl und von Rouen« in einem Atemzug erwähnt.

Auch Philippe hat vielleicht nicht bewusst Lügen verbreitet, sondern sich möglicherweise auf die Angaben unternehmernaher Experten verlassen. Es bestand offenbar keine unmittelbare Lebensgefahr, auch wenn fünf bis sechs Tage nach dem verheerenden Brand noch immer ein ekelerregender eruch über Rouen lag. 200 Menschen wurden mit Atemproblemen und Symptomen heftiger Übelkeit in die Notaufnahmen der Krankenhäuser eingeliefert. Über ein Problem schwieg der Premierminister allerdings. Warum 1 800 Landwirten, deren Höfe sich in der Nähe der Wolke befanden, jeglicher Verkauf von Nahrungsmitteln und Milch aus ihrer Produktion strikt verboten wurde, erklärte er nicht. Der Präfekt der Regionen Normandie und Seine-Maritime, Pierre-André Durand, behauptete zwei Tage nach dem Brand, die Luftqualität sei »normal«. Landwirtschaftsminister Didier Guillaume beeilte sich zu versichern, das Verkaufsverbot erfolge ausschließlich aus Vorsicht, ein Risiko bestehe allenfalls theoretisch. Die betroffenen Landwirte sind nicht die einzigen Geschädigten, die zurzeit auf Versicherungsleistungen hoffen müssen. Restaurants in Rouen beklagten Ende voriger Woche beispielsweise einen Rückgang ihrer Gästezählen um über 75 Prozent, Ähnliches gilt für örtliche Hotels.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit ordnete Philippe an, die Liste der bei Lubrizol gelagerten chemischen Substanzen zu veröffentlichen. Dies geschah ab dem 1. Oktober auf der Website der Präfektur in mehreren Schritten. Das erste dort publizierte Dokument enthielt nur Angaben zur industriellen Verwendung der aufgeführten Stoffe, nicht zu deren spezifischen Risiken. Weitere Dokumente enthielten dann nähere Angaben, ein halbes Dutzend Stoffe war demnach mit dem Kürzel »H304« versehen. Das bedeutet: »Kann bei Verschlucken und Eindringen in die Atemwege tödlich sein«. Experten empfanden die Liste aus weiteren Gründen als wenig hilfreich: Produkte seien unter ihrem Code-, jedoch nicht ihrem Handelsnamen aufgelistet und nicht immer eindeutig identifizierbar. Gefahrenanalysen seien zwar aufgeführt, jedoch mitunter nur auf einige Fragestellungen ausgerichtet, während etwa Wechselwirkungen mit anderen Stoffen nicht thematisiert worden seien.

Am fünften Tag nach dem Unglück demonstrierten rund 2 000 Menschen in Rouen. Mehrere Hundert Menschen versuchten kurz darauf, sich auch gegen den Willen der Behörden Zugang zu einem Treffen des Krisenstabs in Anwesenheit des Präfekten zu verschaffen, und störten dieses dadurch erheblich.

Bemerkenswert ist, dass es neben NGOs Gewerkschaften waren, die die Demonstration am 30. September organisiert hatten, darunter die Orts- und Kreisverbände der CGT, des eher linken, mitgliederstärksten Gewerkschaftsverbands in Frankreich, und von Solidaires (SUD), eines Zusammenschlusses linker Basisgewerkschaften. Noch vor 30 Jahren hätte die CGT zweifellos den Erhalt der Industriearbeitsplätze über ökologische Bedenken gestellt. In den vergangenen zwei Wochen war die CGT hingegen federführend bei der Kritik an den ökologischen Folgen des Brandes und organisierte Proteste, auf denen viele Demonstrierende die Schließung des Lubrizol-Werks in Rouen forderten. Die örtliche CGT handelt unter dem Druck der Öffentlichkeit, aber auch eigener Mitglieder, die nicht in der

Chemieindustrie arbeiten, sondern etwa in Kindergärten, die unter dem Rauch und Ruß litten, oder bei der Feuerwehr. Mehrere Feuerwehrleute mussten nach dem Einsatz bei Lubrizol stationär behandelt werden.

Im Chemiewerk selbst ist die CGT nicht stark vertreten. Dort dominiert die rechtssozialdemokratisch geführte CFDT, an zweiter und dritter Stelle folgen die christliche Gewerkschaft CFTC und die Spartengewerkschaft der höheren Angestellten, CFE-CGC. Diese Verbände äußerten sich in den ersten Tagen nach dem Brand nicht zu den Umweltfolgen und den Risiken und Belastungen der Bevölkerung. Unter dem Druck der Öffentlichkeit bekundeten am Samstag schließlich auch CFDT, CFTC und CFE-CGC in einer Pressemitteilung, die »Gesundheits- und Umweltsorgen der Bevölkerung« zu teilen. Man habe sich allerdings bisher darauf konzentriert, »besorgte Mitarbeiter zu begleiten«, und deswegen nicht öffentlich Stellung bezogen. Nun fordern auch diese Gewerkschaften Aufklärung durch die Justiz, aber auch durch eine unabhängige Expertenkommission.

Die Eigentümer von Lubrizol behaupten bislang, das Feuer habe eine externe Ursache, die noch nicht aufgeklärt sei.

© Jungle World Verlags GmbH